iv POSITIONEN
DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
MAI 2025

DIE INDUSTRIE IST STARTKLAR!

Wie die Industriestrategie den Weg zum Aufschwung ebnen kann

INTERVIEW
OPEC-Generalsekretär über den Ölmarkt und Energiepolitik
Seite 2

WIEN
Es braucht wirtschaftspolitische Impulse!
Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

FORSCHUNG
Österreich feiert 100 Jahre Quantenwissenschaften
Seite 5

„Nachfrage nach Erdöl wird nicht nachlassen“

Haitham Al Ghais ist Generalsekretär der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) und spricht im Interview über die Auswirkungen der Trump’schen Energiepolitik sowie darüber, wie ein steigender Ölverbrauch mit den Klimazielen zusammenpasst.

Haitham Al Ghais verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Erdölindustrie.

Unter dem Motto „Drill Baby Drill“ will US-Präsident Donald Trump die amerikanische Öl- und Gasproduktion radikal steigern. Welche Auswirkungen hat das auf den Weltmarkt?

S.E. Haitham Al Ghais: Die USA sind heute der größte Ölproduzent weltweit und ein wichtiger Teil des globalen Ölmarkts. Die OPEC wird auch weiterhin sorgfältig beobachten, wie die Unternehmen dort ihre Rohölressourcen entwickeln. Wie in allen Ländern hängt auch in den USA die Entwicklung der Produktion von einer Reihe von Faktoren ab, wie etwa Technologien, Infrastrukturen, Finanzsystemen – und letztlich der Wirtschaft.

Für uns ist es wichtig zu betonen, dass wir alle verschiedenen Einflüsse auf den globalen Ölmarkt überwachen. Das ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass wir das Ziel eines ausgewogenen Markts und einer nachhaltigen Marktstabilität im Blick behalten.

Die Idee des „Peak Oil“ ist so alt wie die Geschichte der Ölförderung selbst. Wir hören immer wieder, dass die weltweite Nachfrage nach Öl wahrscheinlich sinken wird. Der World Oil Outlook 2024 kommt jedoch zu einem anderen Schluss und prognostiziert einen Anstieg bis 2050. Warum erwarten Sie einen solchen Anstieg?

Es gibt mehrere Gründe, warum wir keinen Höhepunkt der Ölnachfrage am Horizont sehen. Der erste Grund liegt in der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung – die Weltbevölkerung wird bis 2050 voraussichtlich auf 9,7 Milliarden Menschen ansteigen. Die Verstädterung wird sich wahrscheinlich verstärken: Bis 2050 werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben. Die Größe der Weltwirtschaft wird sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln. Es wird erwartet, dass bis 2030 fünf Milliarden Menschen der Mittelschicht angehören werden – heute sind es noch über vier Milliarden. Es ist wahrscheinlich, dass all dies mit einem erheblichen Anstieg des Energieverbrauchs und damit auch des Ölverbrauchs einhergehen wird.

Es ist ein Mythos, dass neue Energiequellen automatisch ältere ersetzen. Die Realität sieht anders aus. Die Welt verbraucht heute mehr Kohle, Öl, Gas, Holz und Strom als je zuvor. In vielerlei Hinsicht stimuliert das Wachstum einer Energiequelle das Wachstum einer anderen. So werden zum Beispiel erdölbetriebene Maschinen und aus Erdöl gewonnene Produkte bei der Herstellung und Installation von Windturbinen, Solaranlagen und anderen erneuerbaren Energiequellen verwendet. Sie werden in Lithium-Ionen-Batterien und im gesamten Stromnetz verwendet.

Darüber hinaus müssen wir die Vielzahl an Erdöl- und erdölbasierten Produkten berücksichtigen, die wir alle im täglichen Leben verwenden – angefangen bei Verkehrsmitteln, die mit Benzin, Diesel oder Düsentreibstoff angetrieben werden. Kunststoffe, die in Laptops, Computern und Fernsehbildschirmen verwendet werden, basieren ebenso häufig auf Erdöl wie Produkte, die in der medizinischen Versorgung und in Krankenhäusern zum Einsatz kommen. Hinzu kommen Verpackungen, die Lebensmittel vor dem Verderben bewahren, sowie landwirtschaftliche Produkte und Haushaltsgegenstände.

Angesichts all dieser Faktoren ist es nachvollziehbar, dass die Nachfrage nach Erdöl auch in den kommenden Jahrzehnten nicht nachlassen wird.

Wie passen die Erwartungen der OPEC an einen weiteren Anstieg des Ölverbrauchs mit den Pariser Klimazielen zusammen?

Zunächst einmal ist hervorzuheben, dass die OPEC das Pariser Abkommen voll und ganz unterstützt, da die Mitgliedsländer das Abkommen unterzeichnet und ratifiziert haben. Ebenso wichtig zu betonen ist, dass die Pariser Klimaziele die Reduktion von Emissionen betreffen, nicht den Ersatz oder die Bevorzugung bestimmter Energiequellen. Der Klimaschutzprozess ist nicht dazu gedacht, politische Richtlinien vorzugeben. Die Ölindustrie muss zur Emissionsreduktion beitragen – durch Investitionen in Technologien wie Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung, durch Effizienzsteigerung, die Reduktion von Methanemissionen und andere innovative Lösungen. Unsere Mitgliedsländer sind auch führend bei Investitionen in erneuerbare Energien.

Zudem sollte man die Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen nicht außer Acht lassen. Diese Agenda hat das Ziel, den Zugang zu erschwinglicher, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle zu gewährleisten. Rund 685 Millionen Menschen weltweit haben immer noch keinen Zugang zu Elektrizität und etwa 2,1 Milliarden haben keinen Zugang zu sauberen Brennstoffen zum Kochen. Diese Menschen dürfen in unserer Energiezukunft nicht vergessen werden.

Deshalb müssen politische Entscheidungsträger sorgfältig abwägen, wie sie Emissionen senken wollen, ohne dabei die Energieversorgungssicherheit zu gefährden oder bestehende Ungleichheiten zu verschärfen. Eine universelle Lösung für das Klimaproblem gibt es nicht.

Welche Rolle spielen erneuerbare Energiequellen innerhalb der OPEC und wie wichtig sind Investitionen in diesem Bereich aus Sicht der Mitgliedsstaaten?

Wir betrachten erneuerbare Energien als entscheidend für unsere Energiezukunft. Alle Energiequellen sind wichtig. Aus Sicht der OPEC berichtete die „Financial Times“ kürzlich, dass der Nahe Osten heute der am schnellsten wachsende Markt für erneuerbare Energien außerhalb Chinas ist, wobei Masdar in den Vereinigten Arabischen Emiraten, ACWA Power in Saudi-Arabien und andere OPEC-Mitgliedsländer eine Vorreiterrolle spielen. Die OPEC weiß, wie wichtig ein ausgewogener Ansatz ist.

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass Wind- und Solarenergie derzeit nur etwa vier Prozent der weltweiten Energieversorgung ausmachen. Die globale Verbreitung von Elektrofahrzeugen liegt zwischen zwei und drei Prozent, obwohl in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als 9,5 Billionen Dollar in den „Energiewandel“ investiert wurden.

Wir begrüßen die Fortschritte bei den erneuerbaren Energien und den Elektrofahrzeugen, aber sie reichen bei Weitem nicht aus, um 80 Prozent des Energiemixes zu ersetzen. Darüber hinaus bleiben die Stromnetze, die Kapazitäten zur Herstellung von Batterien und der Zugang zu wichtigen Mineralien eine große Herausforderung.

ZUR PERSON

Haitham Al Ghais ist seit 2022 Generalsekretär der OPEC. Er verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Erdölindustrie und war in führenden Positionen bei der Kuwait Petroleum Corporation tätig. Von 2017 bis 2021 stand er dem technischen Komitee der OPEC+ vor und war in verschiedenen internationalen Gremien aktiv.

Foto: OPEC

Eine Industriestrategie, die den Namen auch verdient!

Eine kluge Industriepolitik gibt Vertrauen in den Standort, stärkt aber auch die Identität des Landes und den Zusammenhalt. Ein Versprechen muss sein, dass in Österreich 2030 noch mehr Menschen in attraktiven und gut bezahlten Jobs in der Industrie arbeiten können.

Dass Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie ist, soll schon der ehemalige deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard gesagt haben, der als Schöpfer des „Wirtschaftswunders“ der Nachkriegsjahre und Mitarchitekt der Sozialen Marktwirtschaft gilt. Und er hatte naturgemäß recht – Menschen, die sich wirtschaftlich unsicher fühlen, konsumieren weniger, und Unternehmen, die von einer unsicheren wirtschaftlichen Lage und fehlender Planungssicherheit ausgehen, investieren weniger. Wirtschaftspolitik muss daher ein stabilisierender Anker sein, verlässlich und nachvollziehbar. Und sie sollte eine Vision bieten, die Menschen, Politik und Unternehmen eint und Vertrauen in die Zukunft gibt.

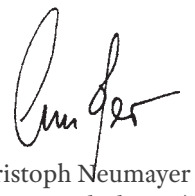
Angesichts der auf dem Tisch liegenden Inhalte (nicht nur von der IV erarbeitet) für eine Industriestrategie wurde die wohl nicht unberechtigte Frage gestellt, warum es nun der Erarbeitung einer neuen Industriestrategie für Österreich bedarf – doch wenn dieser möglichst kurze Prozess ein breites gemeinsames Zukunftsbild und Bewusstsein schafft, kann dies sinnvoll sein. Die industrielle Produktion ist der Kern der heimischen Wirtschaft und wirkt weit über sich selbst hinaus – in den Mittelstand, die Zulieferbetriebe und in breite Teile der Gesellschaft. Die Industrie, das sind Unternehmen, die oft historisch tief in diesem Land verwurzelt sind; der produzierende Sektor, das sind rund eine Million Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die stolz darauf sind, dort zu arbeiten. Industriepolitik gibt Vertrauen in den Standort, stärkt aber auch die Identität des Landes und den Zusammenhalt.

Dem Industrieland Österreich droht jedoch der Atem auszugehen. Der Internationale Währungsfonds sagt dem Land heuer als einem der wenigen weltweit ein negatives Wirtschaftswachstum voraus – schon wieder. Während andere Volkswirtschaften in Europa langsam wieder auf einen Wachstumskurs einschwenken, rangiert Österreich in dem Ranking neben Staaten wie Venezuela, dem Sudan, dem Jemen oder Haiti. Wir brauchen dringend einen überzeugenden Plan, der Menschen und Unternehmen wieder Zuversicht gibt. Die Industriestrategie darf kein Papier voller leerer Versprechen werden – wir brauchen unter anderem klare Signale in den großen Problemfeldern, die die Industrie beschäftigen: leistbare Energie, ein schlanker und verlässlicher regulatorischer Rahmen und Entlastungen, die uns im weltweiten Wettbewerb stärken (Stichwort Lohnstückkosten). Wir müssen weiter in die Zukunft investieren, hochattraktiv für Zukunftsbranchen und -entwicklungen in Österreich sein. Die Industriestrategie muss ihren Namen auch verdienen.

Ja, der Staat muss lernen, mit weniger Ausgaben bessere Leistungen zu erbringen. Jeder Unternehmer weiß, dass das machbar ist und dass man Menschen gut auf diese Reise mitnehmen kann, wenn man spürbar macht, wofür es gut ist. Was also ist die Vision für Österreichs Industrie und Wirtschaft? Österreich soll weltweit gefragt sein für seine industriellen Stärken – für seine innovative Bahnindustrie, für moderne Biotechnologie, für den Maschinenbau der Zukunft, Technologien und Komponenten für die Energiewende und für den Einsatz künstlicher Intelligenz, um noch bessere Leistungen erzielen zu können.

Das Versprechen muss sein, dass in Österreich 2030 noch mehr Menschen in attraktiven und gut bezahlten Jobs in der Industrie arbeiten können. Wir sind stolz auf „Made in Austria“ und wollen mit effizienten und umweltfreundlichen Produkten am Weltmarkt wieder an die Spitze der Industrieländer aufschließen. Wir werden als Industriellenvereinigung genau darauf achten, dass dafür nun die richtigen strategischen Weichen gestellt werden.

Ihr

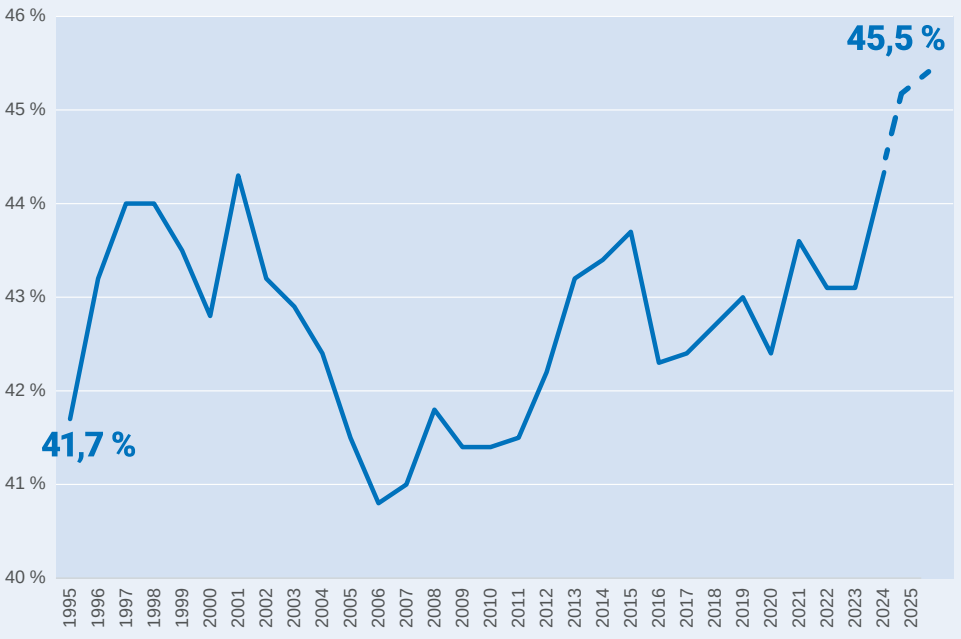


Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Die höchste Steuerlast der Zweiten Republik

Entwicklung der Steuer- und Abgabenquote, in Prozent des BIP



Quellen: Statistik Austria, BMF; Anmerkung: Prognosen ab 2025.

Die Steuer- und Abgabenlast klettert 2025 auf 45,3 Prozent des BIP (2024: 44,5 Prozent) und erreicht 2026 mit 45,5 Prozent einen historischen Höchstwert in der Zweiten Republik. Das ergibt der Prognosepfad des Doppelbudgets 2025/26. Durch neue Steuern und Steuererhöhungen fließen etwa 1 Mrd. Euro (2025) bzw. 2,2 Mrd. Euro (2026) zusätzlich in die Staatskasse. Von höheren Abgaben besonders betroffen sind Energieunternehmen und Banken.

Zahl des Monats

38

freie Tage im Jahr können Österreicher mindestens genießen – 25 Tage Mindest-Urlaubsanspruch sowie 13 gesetzliche Feiertage bedeuten einen Rekordwert in Europa. Nur Malta (42 Tage) und Schweden (38 Tage) liegen vor bzw. gleichauf mit Österreich. In vielen europäischen Ländern hängt der tatsächliche durchschnittliche Urlaubsanspruch von weiteren Faktoren wie geleisteten Arbeitsjahren oder der Branche ab.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D’Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück,
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV/Matanovic, Philipp Horak, OPEC, ÖAW, JI/Junge Industrie, Schedl Fitte Fachhochschulen, Katharina Schiffl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Foto: Philipp Horak; IV/Matanovic

SCHWEDENS EU-MINISTERIN ZUM AUSTAUSCH IN DER IV

Die schwedische EU-Ministerin Jessica Rosencrantz war Mitte Mai zu Besuch im Haus der Industrie. Im Austausch mit IV-Präsident Georg Knill sowie Vertretern und Vertreterinnen österreichischer Industriebetriebe wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig ein gemeinsames europäisches Verständnis für die Herausforderungen und Chancen der Industrie ist.

Um unsere wirtschaftliche Resilienz zu stärken und neue Märkte zu erschließen, braucht es konkrete Fortschritte bei Freihandelsabkommen, etwa mit Mercosur und Indien. Gleichzeitig muss Europa den Bürokratieaufwand für Unternehmen spürbar reduzieren – nur so wird Raum für Innovation und unternehmerisches Handeln geschaffen. Nachhaltigkeit darf dabei nicht im Widerspruch zur Wettbewerbsfähigkeit stehen. Beides gehört zusammengedacht, wenn Europa langfristig erfolgreich und klimaneutral wirtschaften will.

Expertenmeinung von ALFRED HEITER

Steuerpolitik auf Konsolidierungskurs

Das Budgetbegleitgesetz 2025 bringt umfassende steuerliche Änderungen, die die Abgabenquote weiter steigen lassen. Ein Überblick zu den Maßnahmen.

Alfred Heiter, Leiter des IV-Bereichs Wirtschafts-, Finanz- & Rechtspolitik.

Nach den ersten Konsolidierungsmaßnahmen durch das Bundessanierungsmaßnahmengesetz (BSMG) folgt mit dem Entwurf zum Budgetbegleitgesetz 2025 – Abgabenrecht (BBG) der nächste Schritt. Trotz des unbestrittenen Konsolidierungsbedarfs sind einzelne Maßnahmen jedoch kritisch zu hinterfragen.

Wegzugsbesteuerung gestoppt

Die Wegzugsbesteuerung wurde bislang weder im BSMG noch im BBG verankert. Sie ist zwar laut Regierungsprogramm Teil des Maßnahmenpakets zur Betrugsbekämpfung, ihre Umsetzung konnte jedoch abgewendet werden.

Verschärfung bei Grunderwerbsteuer und Share Deals

Eine der größten Änderungen des BBG betrifft Immobiliengeschäfte: Die Schwelle, ab der Grunderwerbsteuer bei Vereinigungen anfällt, wird von 95 % auf 75 % gesenkt, und künftig sind auch mittelbare Anteilsverschiebungen relevant. Zudem wird die Steuerbemessungsgrundlage bei Immobiliengeschäften von 0,5 % auf 3,5 % des gemeinen Werts angehoben.

Anpassungen bei Energiekrisenbeitrag und Investitionsabzügen

Der Höchstbetrag des Absetzbetrags für begünstigte Investitionen im EKB-S wird von 72 auf 20 Euro je MWh gesenkt. Auch der Abzug im EKB-F wird von 17,5 % auf 5 % reduziert.

Weitere steuerliche Änderungen

Für Umwidmungen seit Januar 2025 gilt ein Zuschlag von 30 % auf Veräußerungseinkünfte aus Grund und Boden. Die Stiftungseingangssteuer wird von 2,5 % auf 3,5 % erhöht. Arbeitgeber können ihren Arbeitnehmern 2025 eine steuerfreie Prämie von bis zu 1.000 Euro gewähren; ab 2026 wird der Pendlereuro auf 6 Euro je Entfernungskilometer erhöht. Die Inflationsanpassung soll für die Jahre 2026 bis 2029 nur im Ausmaß von zwei Dritteln erfolgen; Glückspielabgaben bei Lotterien und Onlinegaming werden angehoben.

Fazit

Das BBG 2025 bringt umfassende steuerliche Änderungen, die die Abgabenquote weiter erhöhen werden, statt sie zu senken. Durch den Einsatz der Industriellenvereinigung konnten die Maßnahmen im Vergleich zum ersten Entwurf allerdings deutlich entschärft werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahmen die richtige Lösung für die Konsolidierung des Bundeshaushalts darstellen und gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität sowie zukunftsfähige Rahmenbedingungen für den Standort sichern.

Danai Budas, stv. Leiterin IV-Bereich Internationale Beziehungen & Märkte.

Expertenmeinung von DANAI BUDAS

Wachstumsmärkte in Afrika – lohnt es sich, aktiv zu werden?

Ein zentraler Faktor, um Aktivitäten in afrikanischen Ländern attraktiver zu gestalten, ist die Gewährleistung von Rechtssicherheit. Ein wichtiges Instrument dafür sind bilaterale Investitionsschutzabkommen.

Der afrikanische Kontinent verfügt über die jüngste und am schnellsten wachsende Bevölkerung der Welt: Bis 2050 wird die Einwohnerzahl von 1,5 Milliarden Menschen auf voraussichtlich fast 2,5 Milliarden steigen. 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt und drängen auf den Arbeitsmarkt. Afrika ist nach Asien der zweitdynamischste Kontinent, mit Wachstumsraten, die sich deutlich über dem weltweiten Durchschnitt befinden. Hinzu kommen für die Industrie wesentliche Rohstoffvorkommen, unter anderem die weltweit größten Reserven an Kobalt. Auf der anderen Seite sind jedoch Unternehmen in vielen afrikanischen Ländern mit großen Herausforderungen wie politischer Instabilität, mangelnder Rechtssicherheit und Korruption konfrontiert. Lohnt es sich also, in Afrika aktiv zu werden?

Die Volksrepublik China hat diese Entscheidung für sich klar getroffen und ist bereits der größte Handelspartner Afrikas; im Rahmen der Seidenstraßeninitiative ist China zudem in vielen Ländern Afrikas der größte Investor. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Infrastrukturprojekten und dem Abbau von Rohstoffen. In Zeiten des verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums und des steigenden Protektionismus sollte sich Europa die Frage stellen, ob man das Feld China überlassen will.

Ein zentraler Faktor, um Aktivitäten in afrikanischen Ländern attraktiver zu gestalten, ist die Gewährleistung von Rechtssicherheit. Ein wichtiges Instrument dafür sind bilaterale Investitionsschutzabkommen. Mit sieben afrikanischen Staaten hat Österreich bereits Investitionsschutzabkommen abgeschlossen, welche heimische Investitionen vor Ort absichern. Dieses bestehende Netz sollte nun weiter ausgebaut werden. Um darüber hinaus Wettbewerbsvorteile für österreichische und europäische Unternehmen zu schaffen, ist der Abschluss weiterer EU-Handelsabkommen wesentlich. Mit 19 afrikanischen Staaten sind bereits Handelsabkommen in Kraft, die verbesserten Marktzugang sicherstellen.

Fotos: IV

Österreich feiert 100 Jahre Quantenwissenschaften

Gregor Weihs ist Quantenphysiker und Vizerektor der Universität Innsbruck. Anlässlich des „Quantenjahrs" spricht er im Interview über Quantenforschung und die Anwendung von Quantentechnologie in der Industrie.

Gregor Weihs ist Vizerektor für Forschung und Professor für Photonik an der Universität Innsbruck. Davor forschte er u. a. an der Stanford University und war Vizepräsident des Wissenschaftsfonds FWF. Er leitet den FWF-geförderten Exzellenzcluster „Quantum Science Austria".

Herr Vizerektor Weihs, Sie leiten den Exzellenzcluster für Quantenforschung. Woran arbeiten die Forschenden aktuell und welche zukünftigen Entwicklungen erwarten uns?
Generell geht es im Exzellenzcluster um grundlegende Fragen der Quantenwissenschaften; so etwa um die Kompatibilität der Konzepte von Raum, Zeit und Gravitation mit der Quantenphysik. Es ist vielleicht bekannt, dass wir keine Quantentheorie der Gravitation haben. Einsteins Relativitätstheorie und die Quantenphysik haben aber in kosmischen Phänomenen wie schwarzen Löchern Berührungspunkte, die wir mit dem heutigen Wissen nicht beschreiben können. Eine Masse zieht eine andere an. Was passiert aber, wenn die eine Masse an zwei Orten gleichzeitig ist, wie es die Quantenphysik erlaubt? Ist dann auch das Gravitationsfeld in einer Überlagerung von zwei Richtungen und heißt das, dass die Geometrie des Raums selbst nicht mehr eindeutig ist? Das sind extrem spannende Fragen, und moderne Experimente in unseren Labors könnten darauf Antworten geben, mit denen man vielleicht einmal klären kann, ob es möglich ist, in der Zeit zu reisen. Ebenso fundamentale Fragen zur Zukunft der Quanteninformationsverarbeitung oder zur Quantenphysik von Vielteilchensystemen beschäftigen die österreichische Quanten-Community.

Wie ist aus Ihrer Sicht der aktuelle Status der zukünftigen Anwendungen von Quantentechnologien in der Industrie?
Man kann schon heute von Dutzenden Anbietern – auch österreichischen – Quantencomputer kaufen, die nicht mehr nur Spielerei sind, sondern durch ihre Quanten-Rechenleistung in bestimmten Bereichen ernsthafte Entwicklungen ermöglichen könnten. Wirtschaftlich mag das für einen Betrieb noch uninteressant sein, aber der Tag, an dem in der Materialforschung oder Chemie spezielle Simulationen auf einem Quantencomputer wirklich effizienter laufen als auf einem herkömmlichen Supercomputer, ist wohl nicht mehr weit. Noch weiter ist die Quantenkryptografie, insbesondere die Erzeugung von abhörsicheren, geheimen Schlüsseln an zwei Orten, mithilfe derer jegliche Information absolut sicher verschlüsselt werden kann. Solche Nachrichten sind auch sicher gegen einen Angriff mit Quantencomputern, die die derzeit im Internet verwendeten Public-Key-Methoden knacken könnten und damit eine ernsthafte Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen. Die erhältlichen Systeme lassen sich bereits relativ problemlos in existierende Kommunikationsinfrastruktur integrieren, die Hürde ist also nicht mehr sehr hoch.

Europa kann eine führende Rolle in der Quantentechnologie einnehmen und technologisch unabhängig sein. Was kann die Industrie heute konkret dafür tun?
Die existierende Industrie kann sich sowohl als Zulieferer von Komponenten und Instrumenten als auch als Abnehmer von Quantentechnologien einbringen. Quantentechnologien brauchen Spitzentechnologien bei Werkstoffen, Elektronik, Nanofabrikation, Photonik, in Präzisionsfertigung und Automatisierung – in allen diesen Bereichen hat Europa große Leitbetriebe und mittelständische Spezialisten, die in ihrer Branche Weltmarktführer sind. Jedes interessierte Unternehmen kann Mitglied im Quantum Industry Consortium des europäischen Quanten-Flagschiff-Programms werden und dort am Puls der Entwicklung mitwirken.

Wien ist inzwischen ein international bekannter Startup-Standort. Wie profitieren etablierte Unternehmen und Startups voneinander – und welchen Beitrag leistet die „ViennaUP"?
Startups bringen disruptive Ideen in etablierte Branchen. Sie ermöglichen es bestehenden Unternehmen, zukunftsweisende Technologien und Produkte schneller in vorhandene Strukturen zu integrieren. Gelingt das Zusammenspiel zwischen renommierten Betrieben und innovativen Startups, ist das ein entscheidender Wettbewerbsvorteil für eine Stadt. Gemeinsam mit der IV-Wien haben wir in den letzten Jahren viel für den Wirtschaftsstandort Wien erreicht; nicht zuletzt durch den Imageturbo „ViennaUP", das internationale Startup-Festival, das Gründer, Investoren, Talente und Kreative aus aller Welt nach Wien bringt. „ViennaUP" bietet weit mehr als nur eine Konferenz: Der hohe internationale Anteil von 55 Prozent beweist, dass das Festival den Nerv der internationalen Startups trifft. Alle Events im Rahmen des Events werden von der Community für die Community gestaltet und sind thematisch breit gefächert – dieses Konzept ist einzigartig und hat uns in die Top-Liga der internationalen Startup-Festivals katapultiert: 2025 wurden wir vom anerkannten Index „StartupBlink" zur Nummer drei der europäischen Startup-Festivals gewählt.

WEBTIPP
www.quantumscience.at

Aktuelles in Kürze

Mit MINT zu den coolsten Jobs der Welt

Kann man einen „Puch Haflinger" mit einem Elektroantrieb ausstatten? Lässt sich ein Puppenhaus klimatisieren? Muss man löten oder kann man auch kneten? Das waren nur einige der spannenden Fragen, auf die die Gewinnerinnen der diesjährigen MINT-Girls Challenge mit kreativen Ideen und Prototypen aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) antworteten. Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (BMFWF) und Staatssekretärin Elisabeth Zehetner (BMWET) zeigten sich von den 245 Einreichungen von rund 1.900 Mädchen und Burschen ebenso beeindruckt wie IV-Vize-Generalsekretärin Claudia Mischensky, die die Mädchen motivierte, eine Karriere im MINT-Bereich einzuschlagen: „Nie gab es größere Chancen durch MINT als heute, denn es gibt kaum mehr einen Beruf, der ohne Technik auskommt. MINT macht den Weg frei für die coolsten Jobs der Welt: spannend, gut bezahlt und mit dem Potenzial, die Welt zu verbessern!" Neben Sachpreisen wurden die Gewinnerinnen wieder mit MINT-Erlebnissen in Industrie-Leitbetrieben belohnt, um Technik von morgen hautnah erleben zu können.

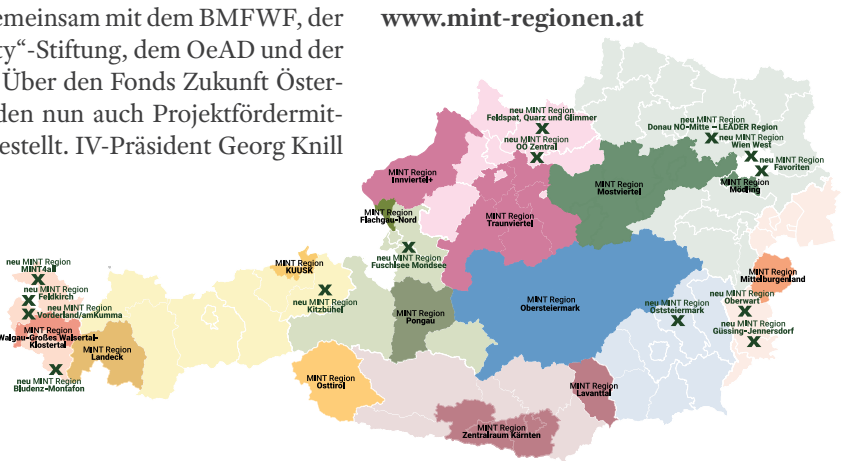
Weitere Infos:
www.mintgirlschallenge.at

Fotos: Scheidl Fitte Fachhochschulen, Katharina Schiffl

28 MINT-Regionen heben Technikbegeisterung auf eine neue Ebene

Die Zahl der MINT-Regionen in Österreich hat sich auf 28 verdoppelt. Über 850 Akteure aus Bildung, Wissenschaft, Unternehmen, kommunaler Verwaltung und privaten Vereinen koordinieren damit ihre MINT-Aktivitäten in regionalen Netzwerken, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Wissenschaftsskepsis abzubauen. Zu den 14 MINT-Regionen des ersten Calls im Jahr 2023 kommen nach Abschluss des zweiten Calls nun 14 weitere Netzwerke hinzu. Die IV hat diese Leuchtturminitiative mitinitiiert und setzt sie gemeinsam mit dem BMFWF, der „MINTality"-Stiftung, dem OeAD und der AWS um. Über den Fonds Zukunft Österreich werden nun auch Projektfördermittel bereitgestellt. IV-Präsident Georg Knill zeigte sich erfreut, dass auch über 200 Unternehmen an der Initiative mitwirken: „Mit den MINT-Regionen haben wir einen Gamechanger geschaffen, der die Förderung der MINT-Begeisterung auf eine neue Ebene hebt. Dies ist entscheidend, denn MINT ist unser Trumpf für die Zukunft, den wir alle gemeinsam ausspielen müssen!" Nun will man sich noch stärker für eine weitere Imageaufwertung der Berufsbildung einsetzen.

Weitere Infos:
www.mint-regionen.at



Die Industrie ist startklar

Die wirtschaftliche Lage Österreichs ist sehr ernst, aber sie ist nicht aussichtslos. Es braucht ein konsequentes Maßnahmenpaket, das Standort, Innovation und Unternehmertum stärkt. Die hausgemachten Probleme müssen rascher gelöst werden. Eine starke Industriestrategie bietet dazu einen belastbaren Rahmen.

Österreichs Wirtschaft steht unter Druck. Während andere EU-Länder moderat wachsen oder sich aus der Konjunkturdelle des Jahres 2023 befreien, rutscht die Alpenrepublik immer tiefer in eine Wachstumsschwäche. Laut aktueller Prognose der EU-Kommission wird Österreich 2025 das einzige EU-Mitglied mit einem BIP-Rückgang sein – und das bereits im dritten Jahr in Folge. Der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Knill, findet klare Worte: „Österreichs Wirtschaft braucht dringend einen Befreiungsschlag."

Im ersten Quartal hat sich die Stimmung in der Industrie zwar leicht aufgehellt, insgesamt reichen die Signale aber noch nicht aus, um ins Wachstum zu drehen. Ökonomen gehen bereits davon aus, dass die Wirtschaft in den kommenden Quartalen wieder in den negativen Bereich drehen wird. Auch in der Konjunkturumfrage der IV verbesserte sich die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage im ersten Quartal erstmals seit 18 Quartalen, aber zentrale Indikatoren wie die Produktionserwartungen verharren noch in negativem Territorium. Seit Jahresbeginn haben handelspolitische Konflikte weiter zugenommen, und auch für den Zollstreit mit den USA zeichnet sich keine schnelle Lösung ab.

> *„Wir sind zu einem der teuersten Produktionsstandorte Europas geworden und haben dadurch weltweit Wettbewerbsanteile verloren."*
>
> Georg Knill,
> IV-Präsident

Die Probleme in Österreich sind allerdings strukturell und hausgemacht: Hohe Energiepreise, Lohnstückkosten über dem EU-Schnitt und eine weiterhin dichte regulatorische Landschaft setzen dem Standort zu. „Wir sind zu einem der teuersten Produktionsstandorte Europas geworden und haben dadurch weltweit Wettbewerbsanteile verloren", warnt Knill. „Es braucht wieder Rahmenbedingungen, die stimmen – und den Mut, an den echten Schrauben zu drehen."

Wachstum ohne Substanz

Die Budgetrede von Finanzminister Markus Marterbauer lieferte erste Ansätze. Doch strukturelle Antworten auf tiefgreifende Probleme blieben weitgehend aus. Die IV sieht zwar Fortschritte (etwa bei Investitionen in Bildung und Forschung), aber keine echte Strategie gegen die wirtschaftliche Erosion. Kurzfristig werden durch einnahmenseitige Maßnahmen Spielräume geschaffen, die jedoch kaum als nachhaltig zu bezeichnen sind. „Österreich hat mit der zweithöchsten Einnahmenquote Europas kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem", betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Trotz Rekordeinnahmen durch Steuern und Abgaben bleibt das strukturelle Defizit bis 2029 auf hohem Niveau. Die Abgabenquote steigt sogar weiter auf über 45 Prozent – während Entlastungen für Unternehmen ausbleiben.

Rasche und kluge Industriestrategie als Hoffnungsträger

Erste Offensivmaßnahmen der Regierung reichen kaum, um dem Standort zu altem Glanz zu verhelfen. Arbeitsmarktpolitische Akzente wie das Ende der Zuverdienstmöglichkeit zum Arbeitslosengeld oder ein steuerfreier Mitarbeiterbonus werden ergänzt durch kleinere Maßnahmen für mittelständische Unternehmen wie die NoVA-Befreiung für Transporter. Hoffnungsträger für die Industrie bleibt die Industriestrategie, die die Regierung bis Jahresende vorlegen will. Aus Sicht der Industrie ist längst klar, welche Themen darin adressiert werden müssen, um Österreich wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen: Allein seit 2020 hat die IV insgesamt sechs Industriestrategien formuliert. Als Gedankenstütze für den Strategieprozess veröffentlicht die Organisation diese Strategien seit 2020 in einem eigenen Druckwerk.

Zentral für die kurzfristige Stabilisierung sind Energie- und Standortkosten, ein verlässliches Regulierungsumfeld sowie ein Digitalisierungsschub in Verwaltung und Industrie. Besonders dringlich sei die

> *„Österreich hat mit der zweithöchsten Einnahmenquote Europas kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem."*
>
> Christoph Neumayer,
> IV-Generalsekretär

Verlängerung der Strompreiskompensation für energieintensive Betriebe.

Fachkräfte, Kapital, Technologie

Mittelfristig muss der Fokus auf dem Arbeitsmarkt und Investitionsbedingungen liegen; mit Lehrlingshubs, digitalen Weiterbildungsangeboten und steuerlichen Anreizen für Eigenkapital als Fundament für künftige Wettbewerbsfähigkeit. Hochattraktive Abschreibungsmöglichkeiten oder die Investitionsprämie, ein zentrales Instrument der letzten Jahre, müssten laut IV neu aufgestellt und ausgebaut werden.

Für den langfristigen Erfolg braucht es schließlich eine Technologieoffensive, noch mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung mit einer Forschungsquote von vier Prozent des BIP sowie eine Entbürokratisierung des Standorts. Viele dieser Maßnahmen seien kofinanzierbar über EU-Programme – etwa über die RRF (Recovery and Resilience Facility) oder Horizon Europe. „Wir lassen viel Potenzial auf EU-Ebene liegen", warnt Neumayer. „Dabei könnten gerade diese Hebel Österreich wieder an die Weltspitze bringen."

Reformen statt Symbolpolitik

Ein zentrales Manko bleibt laut IV die Reformschwäche im System. „Systemreformen vor Steuererfindungen, Standortentlastung vor Symbolpolitik – das muss die Maxime sein", fordert Neumayer. Dazu zählen eine nachhaltige, faire Pensionsreform, Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und die Stärkung des Kapitalmarkts – etwa durch die Wiedereinführung der Behaltefrist oder bessere Rahmenbedingungen für Private Equity.

Die wirtschaftliche Lage Österreichs ist ernst, aber nicht aussichtslos. Es braucht ein konsequentes Maßnahmenpaket, das Standort, Innovation und Unternehmertum stärkt. Eine starke Industriestrategie bietet dazu einen belastbaren Rahmen.

Der wirtschaftspolitische Kompass ist derzeit zu stark auf kurzfristige Umverteilung ausgerichtet statt auf langfristiges Wachstum. „Wir müssen aufhören, nur Symptome zu behandeln, und anfangen, die Ursachen anzupacken", so Knill. „Österreich hat die Menschen, die Ideen, die Unternehmen – was fehlt, ist die politische Durchsetzungsfähigkeit."

> *„Systemreformen vor Steuererfindungen, Standortentlastung vor Symbolpolitik – das muss die Maxime sein."*
>
> Christoph Neumayer,
> IV-Generalsekretär

GESAMMELTE INDUSTRIESTRATEGIEN 2020 – 2024

Die Zusammenfassung der bisherigen Industriestrategien der IV zeigt, wie wir Österreich als Industriestandort stärken, seine Zukunftsfähigkeit sichern und seine Rolle im internationalen Wettbewerb ausbauen können.

Fotos: Adobe Stock

ZEHN HANDLUNGSFELDER FÜR EINE INDUSTRIESTRATEGIE

1

STROMPREIS-KOMPENSATION FÜR ENERGIEINTENSIVE BETRIEBE

Ausweitung der Strompreis-kompensation bis 2030.

Wirkung: Sicherung der Wett-bewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien.

2

LOHNSTÜCKKOSTEN UND ABGABENQUOTE SENKEN

Die Steuer- und Abgabenquote muss bis 2030 von derzeit 44,5 % auf 40 % gesenkt werden. Die Lohnnebenkosten (LNK) sind um 5 %p höher als in Deutschland. Wir arbeiten zu wenig – das Arbeits-volumen pro Beschäftigtem ist in den letzten zehn Jahren von 1.548 auf alarmierende 1.448 Stunden gesunken.

Wirkung: Senkung um 1 %p bringt laut Wifo zusätzliches Wirtschafts-wachstum von 0,2 % und ein Plus von 11.200 Jobs.

3

EUROPÄISCHE HANDELSPOLITIK AKTIV MITGESTALTEN

Förderung von Freihandels-abkommen, Verhinderung von zentralistischen Mindestlöhnen auf EU-Ebene.

Wirkung: Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf europäischer Ebene.

4

DEREGULIERUNG UND BÜROKRATIEABBAU

Vereinfachung von Genehmigungs-verfahren, Reduktion von Melde-pflichten, Einführung des Once-only-Prinzips.

Wirkung: Entlastung von Unter-nehmen, Förderung von Unternehmensgründungen.

5

DIGITALISIERUNGS-OFFENSIVE

Ausbau von E-Government, Förderung von KI-Anwendungen, Unterstützung von KMU bei der digitalen Transformation.

Wirkung: Steigerung der Effizienz und Innovationskraft der Wirtschaft.

6

ARBEITSMARKT-REFORMEN ZUR FACHKRÄFTESICHERUNG

Einführung von „Arbeitslosengeld neu“, Förderung der Erwerbsbeteili-gung älterer Arbeitnehmer, gezielte Qualifizierungsprogramme.

Wirkung: Reduktion des Fachkräftemangels, höhere Beschäftigungsquote.

7

FACHKRÄFTEOFFENSIVE UND BILDUNGSAUSBAU

Einführung einer Bildungspflicht bis 18 Jahre, Ausbau der MINT-Bildung, Förderung von Lehre und dualer Ausbildung.

Wirkung: Langfristige Sicherung des Fachkräftebedarfs.

8

INVESTITIONSANREIZE FÜR UNTERNEHMEN

Wiedereinführung des Investi-tionsfreibetrags, Verlängerung der Investitionsprämie, steuerliche Anreize für digitale und ökologische Investitionen.

Wirkung: Ankurbelung privater Investitionen, Förderung nachhaltiger Technologien.

9

KAPITALMARKT STÄRKEN

Einführung einer Behaltefrist bei Kapitalerträgen, Förderung von Eigenkapitalfinanzierungen, Verbesserung der Rahmen-bedingungen für Startups, Stärkung der dritten Säule.

Wirkung: Erhöhung der Eigen-kapitalquote von Unternehmen, Förderung von Innovation und Wachstum.

10

TECHNOLOGIEOFFENSIVE UND F&E-FÖRDERUNG

Erhöhung der F&E-Quote auf 4 % des BIP, Förderung von Schlüsseltechnologien, Unterstützung von IPCEIs.

Wirkung: Stärkung der Innovationskraft und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Wirtschaftswachstum steigern durch kluge Allianzen

Ende April fand der 6. Hochschulpolitische Dialog zum Thema „Kluge Allianzen zwischen Wissenschaft und Industrie stärken die Wettbewerbsfähigkeit und sichern die Talente der Zukunft“ im Haus der Industrie in Wien statt. Organisiert wurde er von der Industriellenvereinigung und der TU Austria.

V. l. n. r.: Generalsekretär Christoph Neumayer (IV), Bereichsleiterin Bildung Ilkim Erdost (AK), stv. Generalsekretärin Mariana Kühnel (WKO), Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (BMFWF) und Alexander Prischl, Referatsleiter für Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik (ÖGB).

Um den österreichischen Wirtschaftsstandort wieder nach vorne zu bringen, müssen wir in den Schlüsseltechnologien der Zukunft wie etwa der künstlichen Intelligenz oder Weltraumtechnologien international wettbewerbsfähig werden. Dazu ist es erforderlich, dass Innovationen aus der Forschung rasch und konsequent in konkurrenzfähige Produkte und Dienstleistungen umgewandelt werden. Dies kann nur gelingen, wenn Wissenschaft und Industrie in klugen Allianzen strategisch zusammenarbeiten. Das Podium betonte die große Bedeutung der Zusammenarbeit in Innovationsökosystemen als zentralen Erfolgsfaktor. Der Technischen Universität Eindhoven („TU/e“) kommt in diesem Kontext eine wichtige Vorbildfunktion für die österreichischen Universitäten zu.

Gemeinsam die Talente der Zukunft ausbilden

Ein weiterer Baustein des zukünftigen Wohlstands ist die Verfügbarkeit von MINT-Talenten. Derzeit sind Österreichs Unternehmen von einem Fachkräftemangel insbesondere in den MINT-Berufen betroffen. Hier haben die österreichischen Universitäten eine besonders wichtige Rolle: MINT-Kompetenzen und Future Skills müssen in der Hochschulausbildung verankert sein. Durch eine praxisnahe Qualifizierung und ein breites Upskilling können die Talente der Zukunft und bestehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichermaßen fit für die Herausforderungen von morgen werden.
Wertvolle Diskussionsbeiträge wurden gestaltet von Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (BMFWF), Peter Moser (Montanuniversität Leoben und TU Austria), Christoph Neumayer (Industriellenvereinigung), Pascal Hetze (Stifterverband Berlin), Robert-Jan Smits (ehem. Eindhoven University of Technology), Mirjam Storim (Siemens), Horst Bischof (Technische Universität Graz), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius) und Barbara Weitgruber (BMFWF).

IV und Sozialpartner skizzieren Schritte zur Zukunft der Fachhochschulen

Ein neues Positionspapier rückt die Bedeutung des FH-Sektors ins rechte Licht: Ziel sind mehr Studienplätze, zukunftsorientierte Studienprogramme und nationale sowie internationale Vernetzung.

Die Fachhochschulen sind heute unverzichtbar für die akademische Berufsausbildung, für die Gestaltung der digitalen Transformation sowie als Partnerinnen der Wirtschaft und Wissenszentren in den Regionen. Anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums der Fachhochschulen hat die Industriellenvereinigung gemeinsam mit den Sozialpartnern (AK, WKO und ÖGB) in einem gemeinsamen Positionspapier Vorschläge zur nachhaltigen Stärkung und zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Fachhochschul-Sektors skizziert. Kernanliegen sind unter anderem zukunftsorientierte Studienprogramme, die Schaffung von jährlich 1.200 zusätzlichen Studienplätzen im MINT-Bereich, eine zeitgemäße Finanzierung sowie mehr Kooperation und Vernetzung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Diese Anliegen wurden am 28. März im Beisein von Eva-Maria Holzleitner, Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, bei einer Veranstaltung an der FH Campus Wien präsentiert.

Der 6. Hochschulpolitische Dialog war hochkarätig besetzt.

Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, betonte: „Die Zukunft unserer Industrie ist voller Chancen und attraktiver Karrierewege. Wir bieten jungen Menschen die Möglichkeit, mit einer Ausbildung im MINT-Bereich etwas zu bewegen, innovativ zu sein und die großen gesellschaftlichen Herausforderungen mitzugestalten. Unsere Fachhochschulen sind zweifelsohne eine Erfolgsstory – mit einer hohen Erfolgsquote und enger Praxisnähe.“ Dazu trage ein modernes Studienangebot bei, das auch die heute drängenden Themen wie KI und Digitalisierung aufgreift. „Fachhochschulen müssen mehr und mehr zu Transfer- und Wissenszentren werden, die regionale, nationale und internationale Vernetzung fördern und Kooperationen mit der Wissenschaft und Industrie forcieren. So können wir unsere Innovationskraft in Österreich stärken und die Zukunft unserer Industrie sichern – und das mit engagierten und exzellent ausgebildeten MINT-Talenten“, ergänzte Neumayer.

DAS POSITIONS-PAPIER FINDEN SIE HIER:

EINSTIEGSMÖGLICHKEIT IN UNTERNEHMEN FÜR UKRAINISCHE FACHKRÄFTE

Der Professional Integration HUB bietet einen individuellen Matching-Prozess zwischen österreichischen Unternehmen und Fachkräften aus der Ukraine. Die Ausschreibung ist derzeit geöffnet.

Der Professional Integration HUB vermittelt mittel bis hoch qualifizierte Personen, die im Zuge des Angriffskriegs aus der Ukraine nach Österreich vertrieben wurden, an österreichische Unternehmen, damit diese dort mindestens drei Monate Arbeitspraxis absolvieren können. Die teilnehmenden ukrainischen Fachkräfte weisen mindestens drei Jahre Berufserfahrung auf – oft auch in technischen Berufsfeldern. Sie sprechen fließend Englisch und haben Deutschkenntnisse auf B1- oder B2-Niveau. Das von der ERSTE Stiftung finanzierte Programm übernimmt dabei den individuellen Matching-Prozess zwischen Unternehmen und Fachkräften, denen sie auch ein Begleitprogramm anbietet.
Für die derzeit laufende Ausschreibungsrunde stehen finanzielle Mittel für 14 Vollzeitpraktika ab September 2025 zur Verfügung, weitere unternehmensfinanzierte Praktikumsplätze sind herzlich willkommen.
Interessierte Unternehmen können sich ab sofort hier melden:
www.professionalhub.at

Fotos: Schedl Fitte Fachhochschulen, Katharina Schiffl

Neuer Vorstand der Jungen Industrie Oberösterreich stellt sich vor – Staffelübergabe beim Sommerfest am 6. Juni 2025

Die Junge Industrie Oberösterreich startet mit einem neu gewählten Vorstand in die Zukunft.

Ein engagiertes Team junger Unternehmerinnen und Unternehmer wurde gewählt, das künftig die Interessen aufstrebender Führungskräfte und Unternehmer in Oberösterreich vertreten und neue Impulse setzen wird.

Maximilian Priglinger (links) und Lennart Braun (rechts) gemeinsam in Japan.

Wir freuen uns, den **neuen Vorstand der Jungen Industrie Oberösterreich bekannt zu geben:**
Vorsitzender: Lennart Braun (Braun Maschinenfabrik Gesellschaft m. b. H.)
Stellvertreter: Maximilian Priglinger (Biohort GmbH)
Mitglieder: Michael Asamer (Asamer Kies- und Betonwerke GmbH), Nikolaus Bauer-Harnoncourt (AGATEX Feinchemie GmbH), Valerie-Sophie Hojas (Ebner Strom GmbH), Maximilian Pöttinger (Pöttinger Entsorgungstechnik GmbH), Christina Rami-Mark (Mark Metallwarenfabrik GmbH), Stefan Wagner (JOSKO Fenster und Türen GmbH)

Besonders erfreulich: **Der neue Vorstand ist bereits aktiv im Einsatz** – aktuell befindet sich eine Delegation der Jungen Industrie auf der **Expo in Japan**, um internationale Kontakte zu knüpfen, neue Impulse zu sammeln und den Wirtschaftsstandort Oberösterreich sichtbar zu machen. Diese Reise steht symbolisch für das Selbstverständnis des neuen Teams: offen, vernetzt und zukunftsorientiert.

An dieser Stelle möchten wir uns ganz besonders bei Maximilian Priglinger (Biohort GmbH und Ascendor GmbH) für sein Engagement und seinen außerordentlichen Einsatz in den letzten sechs Jahren, in denen er Vorstandsvorsitzender war, bedanken. Er bleibt uns als stellvertretender Vorsitzender weiterhin erhalten.

Auch den scheidenden Vorstandsmitgliedern – Laura Wiesner (Wiesner-Hager Möbel GmbH), Elisa Schatzdorfer (Schatzdorfer Gerätebau Gesellschaft m. b. H. & Co. KG) und Hubert Stöhr (Brauerei Schloss Eggenberg Stöhr GmbH & Co KG) möchten wir herzlich danken. Ihr Beitrag bleibt unvergessen – **ein aufrichtiger Dank für euren Einsatz und euer Wirken!**

Die feierliche Staffelübergabe findet im Rahmen unseres Sommerfests am **6. Juni 2025** statt. Es ist der passende Moment, um gemeinsam zurückzublicken, Danke zu sagen – und den neuen Vorstand gebührend willkommen zu heißen.

Mit dem neuen Vorstand und dem bewährten Netzwerk junger Entscheidungsträger sehen wir einer dynamischen Zukunft entgegen – geprägt von Innovationskraft, Verantwortung und gemeinschaftlichem Gestaltungswillen.

AVISO: JI-BUNDESTAGUNG IN KÄRNTEN

Die Landesgruppe Kärnten und JI-Bund laden zur heurigen Bundestagung nach Kärnten ein.

Von 2. bis 4. Oktober erwarten dich spannende Keynotes und Diskussionen, exklusive Blicke hinter die Kulissen der vielfältigen Kärntner Industrie, natürlich bezaubernde Alpe-Adria-Momente und abwechslungsreiche Kulinarik sowie Netzwerken mit JI-Mitgliedern aus ganz Österreich und dem Präsidium der Kärntner IV in der Hightech- und Industrieregion im Süden Österreichs. Sei unbedingt dabei!

KONTAKT

Anmeldungen bis spätestens 15. Juni sowie weitere Auskünfte unter: **kaernten@jungeindustrie.at**.

Fotos: JI/Junge Industrie

Pensionsreförmchen

Hochfliegende Rhetorik, tief hängende Latten.

Die neue „Pensionsreform“, die ÖVP, SPÖ und NEOS als „größte Reform seit 20 Jahren“ feiern, ist bei näherer Betrachtung wohl nicht mehr als eine Sammlung von Einzelmaßnahmen. Die drängenden Probleme des österreichischen Pensionssystems werden damit definitiv nicht gelöst. Wieder einmal wählen wir in österreichischer Manier den Weg des geringsten Widerstands: nur oberflächliche Maßnahmen, wenig ambitionierte Ziele, keine langfristige Vision.

Die geplanten Änderungen – wie die schrittweise Anhebung des Antrittsalters der Korridorpension und die Einführung der Teilpension – sind keine nachhaltigen Lösungen für das zentrale Problem: Unser Pensionssystem ist nicht mehr generationengerecht finanzierbar. Was wir dringend brauchen, sind langfristige systemische Reformen.

Gerade in Anbetracht unserer Staatsfinanzen müssen wir daher endlich über eine massive Stärkung der zweiten und dritten Säule sprechen. Andere OECD-Länder, die ihr staatliches System durch kapitalgedeckte Elemente ergänzten, haben ihre Pensionen nachweislich dadurch gesichert.

Neben der sofortigen Aussetzung des Pensionserhöhungsautomatismus müssen wir nichtsdestotrotz unser gesetzliches Antrittsalter erhöhen. Nur so erhöhen wir nämlich effektiv auch gleichzeitig unser faktisches Antrittsalter.

Allen Studien und Statistiken zum Trotz besitzen Politiker nicht den Mut, ehrlich mit den Problemen des größten staatlichen Budgetpostens umzugehen – und das, obwohl aktuelle Pensionistinnen und Pensionisten ohnehin nicht betroffen wären.

Aus der proklamierten Reform ist leider nur ein Reförmchen geworden. Wo bleibt endlich eine ambitionierte Vision, die über symbolische Veränderungen hinausgeht?

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

„Es braucht wirtschaftspolitische Impulse“

Im Zuge der Vorstandssitzung wurde mit Minister Wolfgang Hattmannsdorfer und Ökonom Gabriel Felbermayr vor allem die prekäre konjunkturelle Lage in Österreich diskutiert. Passend, dass am selben Tag die neueste Konjunkturprognose der EU-Kommission veröffentlicht wurde: Auch 2025 wird Österreich schrumpfen – als einziges Land der EU.

Die Politik habe nun „einige Jahre Zeit, ungestört und ohne Wahlen zu arbeiten“, so IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler; die Erwartungen seien hoch. Denn „das Budget ist ja nicht der wirklich große Wurf, vor allem gibt es fast keine wirtschaftlichen Impulse für den Standort“, wie Pochtler in seiner Einleitung kritisierte. Es brauche jetzt vollen Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrie als Wirtschaftsmotor Österreichs. „Wir müssen Leistung wieder attraktiver machen“, so Pochtler. Die größten Fehler seien in den vergangenen Jahren aber sicher in der Lohnpolitik passiert, so der Präsident: „Wir haben uns aus vielen Märkten gepreist, sogar innerhalb Europas.“ Daher forderte Pochtler Bundesminister Hattmannsdorfer dazu auf, sich für eine gewisse „Zurückhaltung bei den Anpassungen für Beamte und Pensionisten“ einzusetzen – „wir brauchen die richtigen Signale“.

Wichtig seien jetzt einmal langfristige Strategien, wie etwa auch beim Beispiel Energie: „In Deutschland wird die Strompreiskompensation (SAG, Anm.) jetzt schon bis 2030 gewährt, und man denkt bereits über 2030 hinaus. Das SAG muss auch in Österreich kommen, sonst haben wir einen klaren Wettbewerbsnachteil.“ Man hoffe, dass manche für den Standort so wichtigen Themen in der geplanten Industriestrategie enthalten sein werden. Außerdem gelte es jetzt, alle Chancen wahrzunehmen, die sich böten, etwa beim Thema Freihandel. Zudem sollte sich ganz Europa mit attraktiven Angeboten um Forschende aus den USA bemühen. In Wien wurde dazu die Initiative „Building Future in Vienna“ von Präsident Pochtler mitbegründet. Mit an Bord sind die wichtigsten Wiener Universitäten, der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) und ausgewählte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

„Deindustrialisierung stoppen“

Bundesminister Hattmannsdorfer verteidigte zu Beginn seines Impulses das vorliegende Budget. Es seien wichtige Maßnahmen gelungen, beispielsweise auch ein Aus für „Förderungen im Gießkannenmodus“ wie den Klimabonus. Aber natürlich hätte auch er sich hier und dort „mehr“ gewünscht; aber man befinde sich eben in einer Koalition. Jetzt gelte es jedenfalls, die nächsten Schritte zu planen, denn „die Frage, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit retten, wie wir die Deindustrialisierung stoppen können – das ist jetzt die zentrale Frage“, so der Minister. Wenn es darum geht, den Wirtschaftsstandort auf Vordermann zu bringen, seien aus seiner Sicht „drei KPIs entscheidend“, so Hattmannsdorfer: Erstens müsste die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden insgesamt erhöht werden. Zweitens müsse man die Forschungsquote, die von den Sparmaßnahmen auch nicht betroffen ist, weiter nach oben treiben. Drittens sei „noch kein Ausbruch aus einer Rezession ohne Exporte gelungen“ – weshalb das Thema Freihandel so entscheidend sei. Er sei daher etwa auch für die Umsetzung von „Mercosur“ sowie für die Vollendung des EU-Binnenmarkts. Im Energiebereich kündigte der Minister eine ganze Reihe von Gesetzesinitiativen an, vieles sei aber nur auf EU-Ebene lösbar. In Österreich brauche es jedenfalls eine Änderung des Mindsets. Hattmannsdorfer: „Wir müssen wieder Ja zur Industrie sagen!“

„Hausgemachte Krise“

Seit 2021 ist Gabriel Felbermayr Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO). In seinem Impuls wies er zu Beginn darauf hin, dass Deutschland und Österreich aktuell unter vergleichbaren Herausforderungen leiden. Dabei müsse man bedenken, dass „der regulatorische Rahmen oder auch die Geldpolitik“ für alle Staaten der EU dieselben seien; „unsere Krise ist also ganz deutlich hausgemacht“, so Felbermayr. So sei in beiden Ländern das meiste zusätzliche Geld aus Förderungen und Beihilfen direkt in der Sparquote statt im Konsum gelandet. Der Verlust an Wohlstand zeige sich in den Zahlen jedenfalls bereits sehr deutlich, so Felbermayr: Betrachte man den Realwert des BIP pro Kopf, dann sei dieser bereits um fast fünf Prozent niedriger als noch 2019. Hauptgründe für die derzeitige Krise seien einmal die „Budgetnöte“ – die Haushalte wurden über Schulden gestützt. Zudem sei in Österreich die Lohnquote besonders stark angestiegen, was zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit geführt habe. Am Ende seines Vortrags hatte Felbermayr aber zumindest auch ein paar gute Nachrichten für die Mitglieder parat: Er hoffe, dass sich die Situation derzeit langsam verbessere – tatsächlich geht er sogar von einem Wachstum von 1,2 Prozent im kommenden Jahr aus.

Abschließend wurde Felbermayr nach seiner Einschätzung zum Bundesbudget gefragt. Seiner Meinung nach sei dieses sehr wohl ein Sparpaket, aber nicht ambitioniert genug. Kritisch zu sehen sei nämlich, dass es „kein krisensicheres Budget“ sei: Es gebe weiter keine budgetären Spielräume für den Fall einer weiteren Krise oder weiterer notwendiger Investitionen, so der Ökonom.

Der „regelmäßige Austausch mit der IV“ sei ihm ganz besonders wichtig, wie Bundesminister Wolfgang Hattmannsdorfer betonte.

Christian C. Pochtler begrüßte Gabriel Felbermayr als „den Wirtschaftserklärer der Nation“ im IV-Wien-Vorstand.

Bundesminister Hattmannsdorfer im Gespräch mit Verbund-CEO Michael Strugl und Siemens-AG-Österreich-CEO Patricia Neumann.

Kattus-Geschäftsführer Maximilian Nimmervoll und Philips-Geschäftsführer Christoph Schlager.

Fotos: Alexander Müller

WIRTSCHAFTSMOTOR STAAT? BITTE NICHT!

Der Staat wird gerne als entscheidender Faktor in Krisenzeiten angeführt, als großer Stabilisator, der Härten ausgleicht. Daran mag im Normalfall etwas dran sein – in Österreich ist die öffentliche Hand aber zur größten wirtschaftlichen Belastung geworden.

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an **debatte@iv.at**.

Österreich verfügt (man könnte fast sagen: aus „guter alter Tradition“) nun wirklich nicht über einen „schlanken Staat“. Fordert man einen solchen, wird einem hierzulande gerne mit der „Neoliberalismus“-Keule gedroht; ganz schrecklich, asozial direkt. Mittlerweile hat übrigens die öffentliche Hand die Industrie überholt und ist zum Wirtschaftsfaktor Nummer eins (!) in Österreich geworden. Gerade in den Jahren seit 2019 ist kein Sektor in Österreich so stark gewachsen.

In der gleichen Zeit haben wir es geschafft, den einstmals wichtigsten Wirtschaftsturbo dieses Landes, die Industrie, konsequent herunterzuwirtschaften. Und auch hier war es wieder der Staat, der die falschen Akzente gesetzt hat – und ich meine jetzt noch nicht einmal die weniger gelungenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiekrise bzw. der Inflation. Es war die öffentliche Hand, die in einem Jahr galoppierender Teuerung, als jeder vernünftige Ökonom vor einer Lohn-Preis-Spirale warnte, mit extrem hohen Abschlüssen bei Beamten und Pensionisten „vorgelegt“ hatte. Das machte es für alle Verhandler in der Privatwirtschaft in den damaligen KV-Runden doppelt schwierig.

Wir alle wissen, was die Folgen der viel zu hohen Lohnabschlüsse in Österreich waren: Wir haben uns aus den Märkten gepreist, sowohl international als auch in Europa selbst. Man hätte es damals auch anders angehen können – immerhin war die Politik reichlich spendabel und hat mit der Gießkanne munter Hilfen und Unterstützungen verteilt. Hätte man diese nicht in die Verhandlungen miteinrechnen müssen?

Im Nachhinein ist man immer gescheiter, aber schon damals wurde das von vielen Seiten vorgebracht, jedoch pauschal abgeschmettert. Und nun haben wir den Salat: Die Industrie ist im dritten Jahr der Rezession und das Einzige, das boomt, ist der öffentliche Sektor – der unproduktivste überhaupt. Denn die Wirtschaftsleistung des Staats ist im Wesentlichen ja nichts anderes als die Löhne und Gehälter für die Beschäftigten. Der Staat ist de facto der größte Verbraucher des Steuergelds, das er – immer noch in einem viel zu großen Ausmaß – uns allen abnimmt.

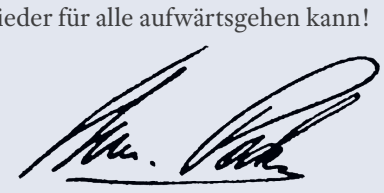
Überhaupt ist es vor allem die Verschwendungssucht des Staats, die uns in die derzeitige Lage gebracht hat. Hätten wir heute die Sozialquote von 2019, würden die Sozialausgaben pro Jahr um rund 18 Milliarden Euro geringer ausfallen. Mit fast 32 Prozent des BIP sind wir bei den Sozialausgaben übrigens der Spitzenreiter in ganz Europa. Zum Vergleich: Dänemark und Schweden – und beiden würde wohl niemand „Neoliberalismus“ zum Vorwurf machen – liegen bei 27 bzw. 28 Prozent.

Im Jahr 2024 hatten wir, trotz der höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten, ein Budgetdefizit von über 20 Prozent. Versuchen Sie einmal als Unternehmen, ein Fünftel mehr auszugeben, als Sie verdienen! Und ich spreche bewusst von reinen Ausgaben, denn die Investitionsquote des Staats ist seit Jahren rückläufig. Keiner kann mir weismachen, dass es bei diesen Zahlen nicht möglich ist, Kosten zu sparen. Im Gegenteil, ein achtsamerer Umgang mit dem Steuergeld wäre hierzulande sicher möglich, auch ohne wirklich essenzielle Bereiche zu beschneiden.

Also wieder einmal die Forderung nach dem „schlanken Staat“ – man weiß, was einem in Österreich da blüht. Aber am Ende des Tages haben wir nun einen Punkt erreicht, wo es anders einfach nicht mehr gehen wird. Ich denke, dass sich diese Erkenntnis auch in der Politik durchsetzen muss, durchsetzen wird. Tatsächlich hat die neue Bundesregierung erste Maßnahmen beschlossen, die in früheren Jahren beinahe unerhört gewesen wären: Einsparungen bei Sozialausgaben (v. a. Aussetzung von Valorisierungen), sogar bei den Pensionen soll es Änderungen geben! Gott steh uns bei! Auch wenn man natürlich kritisieren könnte, dass das alles noch zu wenig ist: Es ist ein Anfang – und eine Grundlage, auf der sich aufbauen lässt.

Irgendwann werden wir aber ansprechen müssen, was wohl jeder bereits annimmt: Der Spar- und Sanierungskurs wird allen wehtun müssen, wenn wir erfolgreich sein und auch den Wirtschaftsmotor Industrie wieder in Gang bekommen wollen. Ist ein Ende mit Schrecken nicht besser als Schrecken ohne Ende? Wie wäre es mit drei Jahren Nulllohnrunden bei Pensionisten, Beamten und in der Privatwirtschaft? Klarerweise mit einem sozialen Ausgleich für wirklich Bedürftige.

Gefragt sind wir aber alle, nicht nur die Politik. Es muss sich einfach die Einsicht in breiten Bevölkerungsschichten durchsetzen, dass wir nicht auf immer und ewig wohlstandssaturiert auf eine „Rundumversorgung“ durch den Staat vertrauen können. Wir müssen vielmehr wieder durch Leistung und Eigenverantwortung Wachstum und Wohlstand für alle schaffen. Gemeinsam können wir einen echten Wandel hinbekommen und drei Jahre einen harten Sanierungskurs durchtauchen – das soziale Netz in Österreich ist gut genug. Drei Jahre, berechenbar, und eben mit absehbarem Ende. Und vor allem mit der Aussicht, dass es dann endlich wieder für alle aufwärtsgehen kann!



Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

Sepp Schellhorn zu Gast bei der JI-Wien

Der Staatssekretär stand den Mitgliedern zu brennenden Fragen rund um das Thema Deregulierung Rede und Antwort.

Die Bürokratie schränke den unternehmerischen Handlungsspielraum massiv ein, was langfristig der Wettbewerbsfähigkeit schade. „Deswegen freuen wir uns heute besonders, dieses Thema mit Sepp Schellhorn, dem Staatssekretär für Deregulierung, besprechen zu dürfen“, eröffnete JI-Wien-Vorsitzender Maximilian Nimmervoll die Veranstaltung im Haus der Industrie.

Hoher Schuldenstand als Belastung für Handlungsspielraum

In seiner Einleitung betonte Schellhorn die Notwendigkeit einer nachhaltigen Konsolidierung der Staatsfinanzen. Der hohe Schuldenstand der Republik stelle eine zentrale Herausforderung für künftige Investitionsspielräume dar und gestalte viele der ursprünglich von der neuen Regierung geplanten Entlastungen als schwierig. Nichtsdestotrotz sei die Zusammenarbeit zwischen den Parteien bis jetzt gut, betonte der Staatssekretär, die Probleme seien allen klar und man sei konstant auf der Suche nach für alle tragbaren Lösungen.

JI-Umfrage zu Deregulierungsvorschlägen

Um konstruktiv zur Regierungsarbeit beizutragen, sammelte die JI-Wien vorab konkrete Beispiele für besondere bürokratische Belastungen aus der Praxis sowie zugehörige Lösungsvorschläge von ihren Mitgliedern, welche dem Staatssekretär im Rahmen der Veranstaltung übergeben wurden. Die Mitglieder wiesen in dem Zusammenhang unter anderem auf überbordende Berichtspflichten, langwierige Genehmigungsverfahren sowie die Komplexität im Steuer- und Arbeitsrecht hin. „Wir wissen, dass die aktuelle Situation insbesondere für Unternehmen herausfordernd ist. Deshalb ist die Mitwirkung von Unternehmern immer wichtig und hilfreich“, bedankte sich Schellhorn bei der JI-Wien. „Es gilt jetzt, die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu verbessern, und die Bürokratie ist hier Teil des Problems.“

„Pro neuer Maßnahme sollten zwei bestehende gestrichen werden.“

Im Rahmen der intensiven 90-minütigen Diskussion präsentierte Schellhorn auch sein Ziel für die angebrochene Legislaturperiode. Seine Rolle sehe er darin, ein wachsames Auge auf neue Gesetze zu werfen und hier eine Art Ausgleich zu schaffen.

„Dass das ambitioniert ist, ist klar. Nichtsdestotrotz ist der Anspruch, das Beste für den Standort Österreich zu geben“, so Schellhorn abschließend. „Die Junge Industrie wünscht dabei jedenfalls viel Erfolg und steht als verlässlicher Partner jederzeit zum Austausch bereit!“, beendete Maximilian Nimmervoll den erfolgreichen Abend.

„Pro neuer Maßnahme sollten zwei bestehende gestrichen werden“, meinte Staatssekretär Sepp Schellhorn zu seiner Idealvorstellung einer fortschreitenden Entbürokratisierung.

Fotos: Noll, IV-Wien/Falb

Smarte Produktion goes Vienna BioCenter

Im Zuge der „Wirtschaftsstrategie Wien 2030“ bekamen Mitglieder der Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“ spannende Einblicke in den Wiener Life Science Hub.

Ende April besuchten die Mitglieder der Wiener Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“ das Vienna BioCenter. Mehr als 3.000 Mitarbeiter aus sechs Forschungsorganisationen, zwei Universitäten und über 50 Biotech-Unternehmen widmen sich in beeindruckender Weise der Spitzenforschung um das Thema Life Science.

Eröffnet wurde der Vormittag durch die Initiatoren der Veranstaltung, Johannes Höhrhan, Geschäftsführer der Industriellenvereinigung Wien, und Alexander Biach, Generaldirektor der Sozialversicherung der Selbständigen (SVS). Beide betonten die Bedeutung von Innovation und interdisziplinärer Zusammenarbeit für die Wirtschafts- und Gesundheitsmetropole Wien. In die gleiche Kerbe schlug anschließend Harald Isemann, Vorstandsvorsitzender des IMP – Research Institute of Molecular Pathology des Vienna BioCenter. Er gab den Teilnehmern einen Überblick über die Stärken eines Hubs wie des BioCenters und präsentierte dessen internationale Forschungsaktivitäten. Besonders das enge Zusammenspiel von Forschungseinrichtungen, Startups und etablierten Unternehmen mache Wien zu einem führenden Zentrum für Life Sciences.

Ein weiterer Höhepunkt war die Vorstellung des IMBA – Institute of Molecular Biotechnology. Elly Tanaka, wissenschaftliche Direktorin, bot einen Überblick über aktuelle Projekte im Bereich der regenerativen Medizin.

Zahlreiche Mitglieder der Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“ waren der Einladung ins Vienna BioCenter gefolgt.

Von der Theorie in die Praxis

Die Teilnehmer erhielten in Kleingruppen einen exklusiven Einblick in die Labore von Jürgen Knoblich und Sasha Mendjan, die sich in ihrer Arbeit mit Hirn- sowie Herzorganoiden beschäftigen. Dabei werden jeweils aus Stammzellen dreidimensionale Organoide entwickelt, die maßgeblich zum Verständnis der frühen Organentwicklung beitragen.

Es blieb aber nicht bei der beeindruckenden Grundlagenforschung: Das Startup „HeartBeat.bio“ zeigte den Teilnehmern, wie ein Biotech-Business-Case dann in der Umsetzung funktionieren kann.

Der Vormittag klang bei kleinen Erfrischungen in angenehmer Atmosphäre aus und bot Gelegenheit zum persönlichen Austausch. Die Veranstaltung machte deutlich, wie wichtig die enge Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesundheit für den Innovationsstandort Wien ist und welche Potenziale in der heimischen Life-Science-Branche schlummern.

Sasha Mendjan gab den Teilnehmern vor dem Besuch seiner Labors einen kleinen Crashkurs über den Aufbau des menschlichen Herzens.

Harald Isemann erläuterte zu Beginn, wie das Vienna BioCenter in den vergangenen Jahren schrittweise zu einem beeindruckenden Hub für Life Sciences gewachsen ist.

Die Mitglieder bekamen in den Labors des IMBA Einblick in die revolutionäre Forschung an Organoiden, aus Stammzellen gezüchteten Kleinstorganen.

WIENER STRATEGIEFORUM: „SYSTEMBRUCH STATT WENDE“

In seiner Eröffnungsrede ging IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler auf die strategischen Herausforderungen angesichts der aktuellen globalen Entwicklungen ein.

In den vergangenen Jahren sei das Wort „Zeitenwende“ überstrapaziert worden, so Pochtler, der aber betonte, dass man derzeit eben keine Wende im Sinne eines geordneten Schwenks in eine neue Richtung erlebe, sondern „einen Systembruch, ja vielleicht sogar einen Systemabbruch“. Die alte Ordnung sei, egal wie man diese bewertet habe, jedenfalls zerstört; Vergangenheit. Eine neue Ordnung sei allerdings noch nicht einmal in Konturen sichtbar. Vor allem die Politik der neuen US-Administration werfe alte Wahrheiten über den Haufen. „Was machen gute Strategen in solchen Zeiten?“, fragte Pochtler, um selbst eine Antwort zu liefern: „Sie schaffen sich zahlreiche und neue Optionen und versuchen für sich und potenzielle Partner, neue Markt- und Zusammenarbeitsregeln aufzustellen.“ Europa sei zum größten Teil „aufgewacht“ und sortiere sich derzeit neu. Unsicher sei er sich, so Pochtler, ob auch die heimische Politik die Bedeutung des aktuellen Systembruchs bereits verinnerlicht habe. Auch hierzulande wäre es gerade jetzt hoch an der Zeit, zu den Tugenden der sozialen Marktwirtschaft – freies Unternehmertum und mehr Eigenverantwortung – zurückzukehren. Und in den USA? Hier zitierte Pochtler am Ende seines Impulses Winston Churchill: „Die Amerikaner werden immer das Richtige tun – nachdem sie alles andere versucht haben.“

Das Wiener Strategieforum 2025 wurde mit einem Impulsvortrag von IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler eröffnet.

Fotos: IV-Wien/Falb sowie Adam Cooper, „Die Presse“ / Roland Rudolph